

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsstelle:
Erich Strüngmann, Berlin.
Telefon: Amt. Stütz 4495/4496



Abgabe für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin G 2 61, Tele. Wilhelm-Platz 6
Lieferung: kostenlos

Die Zeitung wird in Geklebung
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung durch die Reichsregierung zulässig.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung durch die Reichsregierung zulässig.

Berlin, den 22. Nov. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Kuhhandel ohne Ende.

Berliner Anschauungsunterricht für alle Unbelehrbaren.

SPD. Das Frage- und Antwortspiel zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und dem nationalsozialistischen Hauptquartier im Hotel Kaiserhof, das nunmehr schon seit Tagen andauert, ist auch am Dienstag noch nicht zu Ende gegangen. Am Mittwoch wird es fortgesetzt.

Es sind zwei Minuten Fussweg zwischen dem Hotel Kaiserhof und der Reichskanzlei. Man kann sich in die Fenster sehen. Ausserdem gibt es noch ein Telefon. Aber die Vorverhandlungen über die Frage, ob Hitler Vorverhandlungen aufnehmen will, um Feststellungen darüber zu treffen, ob in der Folge Verhandlungen über eine Regierungsbildung unter seiner Führung möglich sein werden, werden nichtsdestoweniger brieflich vorgenommen. Zwischen jedem Schreiben und der Antwort darauf vergeht etwa ein halber Tag. Der Inhalt der Briefe wird streng geheim gehalten, aber es ist sicher, dass wirklich keine weltbewegenden Dinge darin enthalten sind sondern ganz einfache Fragen, die bei ernster Besprechung zwischen Männern, die wirklichen Willen zum Verhandeln hätten, in Minuten geklärt und beantwortet sein könnten.

Es ist die klüglichsche Form des Kuhhandels, die sich gegenwärtig in Berlin vollzieht und das Staunen der Öffentlichkeit über diese Verhandlungsmethoden wird immer grösser. Wie haben beide Teile, Hitler auf der einen, die Autoritäten auf der anderen Seite, gewütet gegen die Kuhhandelsmethoden des Parlamentarismus, über die Besprechungen und Verhandlungen der "elenden Parteibürokratie". Wie hat man sich bemüht, die Methoden parlamentarischer Regierungsbildung und Koalitionsverhandlungen vor dem Volke herabzusetzen! Das Schauspiel, das die Schreier von gestern jetzt selbst bieten, enthüllt mit jedem Tage deutlicher, was sich hinter diesen Propagandareden wie hinter den diktatorischen Methoden verbirgt. Man mag über die Methoden parlamentarischer Regierungsbildung in vergangenen schwierigen Jahren denken wie man will. Sie wurden jedenfalls immer mit ernsthafter Absicht und mit sachlicher Ernsthaftigkeit geführt trotz aller Quertreibereien, die dabei vorgekommen sind, und trotz des Einflusses des Machtkampfes der Parteien. Diese Verhandlungen aber, die wir jetzt erleben, haben eine verzweifelte Ähnlichkeit mit den Methoden, die wir Sozialdemokraten bei der Kommunistischen Partei gewohnt sind, wenn sie Einheitsfrontmanöver mit der Absicht der Entlarvung veranstaltet. Trotz der Schwere der Staatskrise ermangelt diese Methode des geheimen Tuns und der Briefwechsel der Ernsthaftigkeit. Sie wirkt deshalb enthüllend auch über die mangelnde Ernsthaftigkeit der wirklichen politischen Absicht der NSDAP.

Der traurigste Parlamentarismus ist immer noch besser als die Diktatur. Wer wird es wagen, nach dieser Kostprobe noch das Loblied der Diktatur zu singen? Während die gefährlichen Briefe zwischen der Wilhelmstrasse und dem Kaiserhof hin und hergehen, sammeln sich im Hauptquartier der NSDAP unkon-

trollierbare Kräfte. Es drängen sich heran die PJ's (Postenjäger) der höheren Grade, die Einzelgänger, die in der Diktatur ihre privaten Interessen und Ziele verfolgen wollen, Männer mit dunklen wirtschaftlichen Plänen und machthungrige Aristokraten. Sie alle beraten mit, und Hitler, der grosse "Führer", wird zwischen ihnen und ihren Interessen hin und her geschoben. Da sitzt Herr Schacht im Hotel Kaiserhof, der es nicht verwinden kann, dass Luther und nicht er Reichsbankpräsident ist. Er hat zwar keine grossen wirtschaftlichen Pläne, aber er möchte Finanzdiktator werden um der Macht willen, nachher sein persönlicher Ehrgeiz drängt. Da ratschlagt neben ihm Herr Cuno, dessen staatsmännische Künste wir zurzeit der Ruhrbesetzung schon einmal erlebt haben. Schacht und Cuno, ein nettes Gespann! Dazu kommt der Exherzog von Coburg, der ebenfalls seine Meinung dazu gibt. Neben ihm noch andere Männer anonymen Einflüsse, die im Geheimen wirksam sind und sich untereinander bekämpfen. Im anderen Lager arbeiten die Feudalreaktionäre, die Barone hinter den Kulissen. Sie haben solche Methoden oft und genug im Kaiserreich geübt.

Im Grunde genommen ist diese Methode der Staatskunst, wie sie jetzt in den sogenannten Verhandlungen der Diktaturbegeisterten von beiden Seiten hervortritt, nichts anderes als die Wiederkehr des persönlichen Regiments ohne Wilhelm. So ähnlich, mit ähnlichen Intrigen wurden früher Minister gestürzt und Minister gemacht, wurde früher über das Recht, die Wohlfahrt und die Zukunft des Volkes entschieden. Wo die parlamentarische Kontrolle aufhört, wo die Öffentlichkeit ausgeschaltet ist, wo man sich ängstlich fernhält von den politischen Parteien mit ihren offenliegenden Tendenzen und Personen, da tritt an die Stelle von ernsthaften politischen Verhandlungen die Intrige, an die Stelle der Auseinandersetzung grosser organisierter Volkskräfte das Treiben der Anonymen.

Es ist Anschauungsunterricht, der dem Volke jetzt erteilt wird. Anschauungsunterricht, der die Unmöglichkeit der Diktatur, die Notwendigkeit der Demokratie lehrt.

SPD. Prag, 22. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag besetzten 60 Polizeibeamte und zahlreiche Detektive das kommunistische Zentralgebäude in Prag-Karolinental. In den dort befindlichen Redaktionen kommunistischer Blätter und den übrigen Parteiräumlichkeiten wurde stundenlang gehaussucht. Zwei Redaktionsräume wurden versiegelt. Zahlreiche Material, das auf den Kohlenstreik in Nordwestböhmen Bezug hat, wurde beschlagnahmt.

Die Haussuchungen wurden veranlasst durch die von den Kommunisten neuerdings wieder in dem nordwestböhmischem Kohlenrevier betriebene Streikagitation. Die Polizei suchte insbesondere nach Dokumenten über die Tätigkeit des Vereins Solidarität, der als Ersatz für die während des letzten Kohlenstreiks aufgelöste Internationale Arbeiterhilfe gegründet wurde.

SPD. Der Kuhhandel um die Reichskanzlerschaft Hitlers ist zwar auch am Dienstag noch nicht beendet worden, aber er steht dennoch vor dem Ende. Hitler wird den ihm erteilten fünfzigprozentigen Auftrag nicht annehmen und dem Reichspräsidenten im Laufe des Mittwoch eine entsprechende Verlautbarung mit einer entsprechenden Begründung zugehen lassen. Das grossangelegte Intrigenspiel der Deutschnationalen wäre damit geglückt.

Die Absage Hitlers hat ihre Ursache in der Antwort des Reichspräsidenten auf die Rückfragen der nationalsozialistischen Parteileitung. In dieser Antwort erläutert Hindenburg seinen Auftrag an Hitler dahin, dass er eine parlamentarische Mehrheitsregierung bilden soll und keine Präsidialregierung.

Hitler, der grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus, wäre zwar auch bereit gewesen eine Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit zu bilden. Nur passten ihm die Bedingungen nicht, die unter dem Namen Hindenburgs von anderen an diese Mehrheitsbildung geknüpft waren und die zweifellos keinen anderen Zweck hatten, als die Bemühungen um eine parlamentarische Lösung der gegenwärtigen Krise von vornherein unter allen Umständen zu verhindern. Mit Papens und anderer Hilfe sollte Hitler entlarvt werden. Das schliesst nicht aus, dass der Reichspräsident seinen Auftrag an Hitler persönlich ernst gemeint hat. Aber die Kräfte, die an diesem Auftrag und seinen Begleitumständen mitgewirkt haben, wollten es anders. In dieser Erkenntnis haben sich die Nationalsozialisten am Dienstag-Abend entschlossen, den Hitler erteilten Auftrag nicht anzunehmen. Eine Kommission soll die ablehnenden Gründe ausarbeiten, die Hindenburg am Mittwoch übermittelt werden sollen, eine andere die Gedanken, wie sich die Nationalsozialisten für die Zukunft eine Präsidialregierung vorstellen.

Der geglückten "Entlarvung" Hitlers soll nach dem Wunsche Hugenburgs nunmehr die des Zentrumsführers Kaas folgen. Schon seit Tagen spricht die deutschnationale Presse davon, dass nach einem Scheitern Hitlers der Zentrumsführer Kaas von dem Reichspräsidenten mit einem Auftrag zur Regierungsbildung bedacht werden soll. Man will das gleiche Exempel statuieren, man will wie im Falle Hitler auch im Falle Kaas beweisen, dass eine parlamentarische Mehrheitsbildung heute völlig unmöglich ist. Wahrscheinlich aber wird sich das Zentrum auf eine derartige Zeichprellerei erst garnicht einlassen.

Im Hintergrund des grossangelegten deutschnationalen Intrigenspiels steht die Wiederkehr der Papen-Barone. Das war der Sinn ihres Rücktritts und damit es so werde, haben sie in den letzten Tagen alle - aber auch alle Register gezogen.

SPD. Genf, 22. November (Eig. Drahtb.)

Die chinesische Regierung hat dem Völkerbundsrat am Dienstag von neuen Gewaltakten der Japaner gegen die mandschurische Bevölkerung berichtet.

Lokale chinesische Organisationen werden seit Wochen mit Gewalt gezwungen, Anerkennnisbriefe für die Mandschukauo-Regierung zu unterzeichnen, die dem Völkerbundsrat als "Beweis" für die "freien Willen der Bevölkerung" übersandt werden sollen. Das ganze Land wurde in drei Arten von Aushebungsbezirken für militärische Dienstpflicht eingeteilt, von denen die erste Art 4000 Mann, die zweite 3000 und die dritte 2000 Mann für das Heer der neuen Regierung stellen müssen. Jeder Rekrut erhält sechs japanische Yen im Monat. Die Kosten werden durch Erhöhung der Grundstückssteuer eingebracht. Endlich haben japanische Flugzeuge am 9. November mehrere Dörfer bombardiert, 13 Chinesen wurden getötet. Am 10. November haben japanische Truppen die Chinesen zweimal bei Yaokulak angegriffen und eine chinesische Eisenbahnstrecke bombardiert. Viele Hunderte von Toten werden gemeldet. Die zurückgeschlagenen Japaner haben die Bauern der zerstörten Dörfer massakriert.

SPD. Sofia, 22. November (Eig. Drahtb.)

Die Typhus-Epidemie in Sofia hat einen beängstigenden Umfang angenommen. Die Zahl der Erkrankten beträgt trotz aller Gegenmassnahmen bereits über 1000. Alle Krankenhäuser sind überfüllt. Da viele Typhuskranken nicht sofort angemeldet und isoliert werden, verbreitet sich die Seuche immer mehr. Im Bahnhofsviertel ist kaum noch ein Haus ohne Kranke. Ueber die Zahl der Todesfälle wurden bisher keine Angaben gemacht. Die Sterblichkeit soll, wie von ärztlicher Seite versichert wird, 10 bis 15 % betragen. Die Panik unter der Bevölkerung ist ungeheuer.

SPD. Sofia, 22. November (Eigldrahtb.)

Die in den letzten Wochen aufgetauchten Gerüchte, dass der Exkönig Ferdinand, der zurzeit in Coburg lebt, seine Rückkehr nach Bulgarien betreibe, wo er als "Privatmann" seinen Lebensabend in der Nähe seines Sohnes Boris, des derzeitigen Königs von Bulgarien, verbringen wolle, behaupten sich immer hartnäckiger. Die Ankunft des langjährigen Adjutanten Ferdinands, General Gantscheff, in Sofia hat diesen Gerüchten neue Nahrung gegeben, zumal bekannt geworden ist, dass Gantscheff bei der stärksten Regierungspartei, der Bauernpartei, ein willigeres Ohr für die Pläne seines Auftraggebers gefunden hat. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Schachzug von Erfolg sein wird. Es wäre fast ein Witz der Weltgeschichte, wenn die Bauernpartei, die Ferdinand nach dem Zusammenbruch von 1918 zur Abdankung zwang und des Landes verwies, ihm jetzt die Rückkehr wieder ermöglichen würde.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Muschanoff, dass sich die Regierung zurzeit mit grösseren Sorgen als der Frage der Rückkehr des ehemaligen Königs zu befassen habe, ist mit Misstrauen aufgenommen worden. Im "Narod" wendet sich der Vorsitzende der sozialistischen Sobranjefraktion, Pastuchoff, in scharfen Worten gegen eine Rückkehr Ferdinands. Es ist gewiss kein Zufall, schreibt Pastuchoff, dass in Verbindung mit den monarchistischen Strömungen und Treibereien in Mitteleuropa auch Ferdinand seine Zeit für gekommen hält, sich dem bulgarischen Volke als ungeladener Gast aufzudrängen. Aber Ferdinand existiert für das bulgarische Volk nicht mehr. Es will ihn niemals wieder in seiner Mitte haben. Pastuchoff fordert den Ministerpräsidenten schliesslich auf, eine klare Haltung einzunehmen, die er Volk und Staat schulde.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags, der am Dienstag zusammentrat, um den Bericht seines zur Vorberatung von Zentrumsanträgen zur Verwaltungsreform und über Sparmassnahmen eingesetzten Unterausschusses entgegenzunehmen, kam es u. a. auch zu einer Debatte über den Preussenkonflikt. Zur Beratung der Anträge war es im Unterausschuss nicht gekommen, da die Regierung nicht vertreten war. Am Dienstag war für die Regierung Braun Ministerialdirektor Dr. Brecht erschienen. Ausserdem nahmen Sachbearbeiter aus einzelnen Ministerien an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Hinkler (Nat. Soz.) wies auf die vom Unterausschuss gefasste Entschliessung hin, in der das Erscheinen von Ministern oder bevollmächtigten Vertretern verlangt wurde. Ministerpräsident Braun habe auf Anfrage seine Bereitwilligkeit erklärt, nach Erledigung der Amtszimmerfrage vor dem Landtag und seinen Ausschüssen zu erscheinen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht äusserte sich über den gegenwärtigen Stand des Konfliktes zwischen der Braun-Regierung und dem Reich. Die Regierung verlange, dass restlos die Konsequenz aus der Entscheidung des Leipziger Urteils gezogen werde. Es handele sich aber dabei nicht nur um Fragen der Würde, sondern auch der Praxis. Diesem Erfordernis entspreche die neue Verordnung des Reichspräsidenten nicht. Die Regierung Braun bedürfe zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch des Verwaltungsapparates, der ihr aber noch vorzuenthalten werde.

Abg. Diel (Ztr) erklärte, dass die Aufgaben des Landtags nur durch verständnisvolles Zusammenarbeiten mit der Exekutive erfüllt werden könnten. Die Voraussetzung für eine derartige Zusammenarbeit liege aber gegenwärtig nicht vor. Die Deutschnationalen hätten Schuld, dass Preussen ein rechtloses Land geworden sei. Die vorliegenden Anträge des Zentrums könnten nur in einem Unterausschuss vorberaten werden. - Abg. Borck (Dnat.) trat den Angriffen des Vorredners auf die Deutschnationalen entgegen.

Abg. Dr. Hamburger (Soz) vertrat die Ansicht, dass die Reichsregierung nach dem Leipziger Urteil dem Reichspräsidenten die Aufhebung seiner Verord-

nung vom 20. Juli und den Erlass einer neuen Verordnung hätte empfehlen sollen, die dem Urteil entsprach. Die neue Verordnung vom 18. November verstösse gegen das Leipziger Urteil. - Abg. Diel (Ztr) trat den Ausführungen des Abg. Borck (Dnat) entgegen und bat Ministerialdirektor Brecht, sich auch noch über eine etwaige neue Klage beim Staatsgerichtshof zu äussern.

Ministerialdirektor Brecht erwiderte, es sei schwer, im gegenwärtigen Augenblick zu der Frage einer neuen Klage Stellung zu nehmen, weil dies von der Entwicklung der politischen Verhältnisse in der nächsten Zeit abhängt. Das Staatsministerium stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, dass es seine Rechte nach jeder Richtung hin zu verfechten verpflichtet sei. Die Aufrechterhaltung der Verordnung vom 20. Juli sei unerträglich. Er halte im übrigen eine neue Klage beim Staatsgerichtshof für absolut aussichtsreich.

Abg. Jürgensen (Soz) griff die Nationalsozialisten an, die sich scheuten, zu den jetzigen Zuständen Stellung zu nehmen. - Abg. Hinkler (Nat. Soz.) betonte demgegenüber, dass die Nationalsozialisten selbstverständlich mit den jetzigen Zuständen nicht einverstanden seien.

Nach kurzer Geschäftsordnungsaussprache wurden die auf der Tagesordnung stehenden Anträge zur Verwaltungsreform und über Sparmassnahmen nochmals an den Unterausschuss verwiesen.

SPD. München, 22. November (Eig. Drahtb.)

Die im Juni für 20 Sitzungstage aus dem bayerischen Landtag ausgeschlossene Nazifraktion ist am Dienstag bei der Wiedereröffnung des Landtags amnestiert worden. Für den Begnadigungsantrag des Präsidenten stimmten sämtliche bürgerliche Parteien, während die Sozialdemokraten ihn ablehnten und verlangten, dass zunächst der Staatsgerichtshof über die von den Nationalsozialisten eingereichte Klage entscheiden müsse. Vor ihrer Zulassung hatten die Hakenkreuzler der Bayerischen Volkspartei zugesagt, dass sie bis auf weiteres nicht mehr in Parteiuniform im Landtag erscheinen und ausserdem ihre Klage beim Staatsgerichtshof zurückziehen würden.

SPD. Mannheim, 22. November (Eig. Drahtb.)

In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurden in Ludwigshafen und Umgebung 15 Kommunisten, die in dem Büro der pfälzischen Unterbezirksleitung der KPD versammelt waren, verhaftet. Die Polizei schweigt sich über die Ursache der Verhaftung vorläufig noch aus.

SPD. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, der frühere Zentrumsminister für die besetzten Gebiete, Herr Fuchs, hat sich bewogen gefühlt, am Dienstag bis auf das sozialdemokratische Organ in Aachen sämtliche im Rheinland erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen zu verbieten. Von dem Verbot, das fünf Tage dauert, werden 11 Zeitungen betroffen. Wie es heisst, ist diese Unterdrückungsmassnahme auf ein persönliches Ersuchen des Herrn Bracht zurückzuführen.

Das Verbot wird mit einem Artikel begründet, in dem die Verleihung der grossen preussischen Staatsmedaille an Gerhart Hauptmann geschildert war. In diesem Artikel wurde gesagt, dass selbst der Jubilar und Dichter keine solche Komödie hätte erfinden können, wie sie um dieser Ehrung wegen von der Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer und dem preussischen Staatskommissar geliefert worden sei. Es wurde geschildert, dass es nach dem Spruch von Leipzig

das Recht der verfassungsmässigen Regierung Braun gewesen wäre, die Medaille zu verleihen, wie aber der Staatskommissar die Medaille eingeschlossen hatte und nicht herausgab. Am Abend sei sie dann von Herrn Bracht überreicht worden. Im Anschluss an diese Schilderung erinnerte der Artikel an die Zustände im Rundfunk, an den Zwickel- und Bade-Erlass des Herrn Bracht, an die Zensur und Zeitungsverbote, an die Rentenkürzungen, die einen so schroffen Gegensatz bilden würden zu dem Schaffen, den kulturellen und politischen Ansichten des Dichters der Weber, dass eigentlich der preussische Staatskommissar der Regierung Braun hätte dankbar sein sollen, wenn sie ihn der Pflicht einer Hauptmann-Ehrung entheben wollte.

Darum das Verbot von 11 sozialdemokratischen Zeitungen, die während der Rheinland-Besetzung trotz aller Schikanen bis zum letzten ihre Pflicht getan und das Besatzungsregime noch zu einer Zeit in der schärfsten Weise angeprangert haben, als der Übergrosse Teil der bürgerlichen Presse es bereits vorzog, das Geschäft über das Deutschtum zu stellen. Kein anderer als der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres hat das vor Jahren vor aller Öffentlichkeit festgestellt. Der Dank dafür ist der sozialdemokratischen Presse jetzt durch die Papen-Barone und Zwickelbrüder erteilt worden. Fünf Tage Verbot wegen eines harmlosen Artikels. Aber auch dieses Verbot wird die sozialdemokratischen Funktionäre, wie überall wo man sich uns mit Gewalt entgegenstellt, zu neuen Taten drängen und unsere Presse auch im Rheinland zu neuem Aufstieg führen.

SPD. Genf, 22. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag ist der Alarmzustand des Genfer Infanterie-Regiments 3 und des Landwehr-Bataillons 103, der seit dem Blutbad vom 9. November verfügt war, aufgehoben worden.

In der Zwischenzeit hat der Untersuchungsrichter Dutzende von Teilnehmern an der antifaschistischen Demonstration verhaften lassen. Mehr als 50 sehen zurzeit im Gefängnis ihrer Aburteilung entgegen. Zum Bundesrichter für den erst in einigen Wochen zu erwartenden Monstreprozess wurde der Präsident des neuen Kantonalgerichts Du Pasquier ernannt. Er ist Oberstleutnant in der Milizarmee.

SPD. Paris, 22. November (Eig. Drahtb.)

Trotzki ist in Begleitung seiner Frau und seiner drei Sekretäre am Dienstag-Vormittag von Lyon kommend in Paris eingetroffen. Unter starkem polizeilichem Schutz wurden die Reisenden vom Lyoner Bahnhof nach dem Nordbahnhof gebracht, wo sie den Zug nach Dünkirchen bestiegen. Auf beiden Bahnhöfen hätten sich zahlreiche Neugierige eingefunden, die aber Trotzki kaum zu sehen bekämen, da er auf Umwegen aus dem einen Bahnhof hinaus und in den anderen hineingeführt wurde. In Dünkirchen schiffte sich Trotzki und seine Begleitung auf den dänischen Dampfer "Bernstorff" nach Kopenhagen ein.

SPD. Paris, 22. November (Eig. Drahtb.)

Herriot, der ursprünglich am Mittwoch nach Genf reisen wollte, hat seine Reise aufgeschoben. Wie die "Liberté" erklärt, soll der Beschluss Herriots u.a. darauf zurückzuführen sein, dass MacDonald wegen seines Gesundheitszustandes zurzeit nicht nach Genf reisen kann.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat am Mittwoch den Rundfunkkommissar Scholz seines Amtes enthoben. Scholz kehrt in das Reichsinnenministerium zurück.

Nazischolz ist das Lebenslicht ausgeblasen. Kein Militärmarsch und keine "Ketzerrei am Wochen-Ende" konnte dieses jähe Ende verhüten. Acht Tage nach dem Sturz seiner autoritären Herren ist ihnen ihr ergebener Rundfunkknecht gefolgt. Hörer und Öffentlichkeit vernehmen mit ungeteilter Freude, dass diesem Reaktionsschulzen endlich das Handwerk gelegt werden musste, das lediglich darin bestand, die deutsche Kultur zu schänden, ungezählte Stimmen nutzlos zu verpulvern, die Hörer hinwegzugraulen und den deutschen Rundfunk zum Gespött der Welt zu machen. Der Schiffbruch, den die autoritäre Regierung politisch und wirtschaftlich erlitten hat, wird durch den von dem Volke erzwungenen Rücktritt des Rundfunkscholz auch auf dem kulturellen Gebiete vor aller Augen sichtbar.

Als vorläufiger Nachfolger des Herrn Scholz ist Oberregierungsrat Conrad vom Reichsministerium des Innern bestimmt worden. Die endgültige Bestimmung bleibt offen. Wie jedoch amtlich mitgeteilt wird, soll kein Beamter die Leitung des Rundfunks mehr erhalten. Wer es aber auch sein mag, Beamter, Fachmann oder Künstler, solange das heutige System besteht, das den Rundfunk zu seinem willfährigen Instrument vergewaltigt hat, solange wird der deutsche Sender seine kulturelle und soziale Aufgabe nicht erfüllen und solange werden wir nicht aufhören diese Mängel ohne Schminke aufzuzeigen.

SPD. Genf, 22. November (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag fanden zwischen den Vertretern der Grossmächte mehrere Besprechungen über die Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsforderung statt. Es scheint sich die Ueberzeugung herauszubilden, dass die drei grossen Fragen der Gleichberechtigung, der Sicherheit und der praktischen ersten Rüstungsherabsetzung nicht getrennt voneinander behandelt werden können. Man sucht bereits eine Formel, in der Deutschlands Gleichberechtigung bei allen kommenden Verhandlungen über Organisation der Sicherheit und Rüstungsbeschränkung gewahrt werden soll. Unterdessen verlautet, dass die Papen-Barone über eine solche Anerkennung hinaus noch gewisse Garantien für die Gestaltung der praktischen Abrüstung verlangen.

SPD. Der Bombenverbrecher Theodor Eicke, ehemaliger SS-Standartenführer aus der Pfalz, jetzt flüchtiger Zuchthäusler im Schutze der Südtiroler Faschisten, ist Hitler sehr unangenehm. Der Händedruck, den er vor dem Bozener Siegesdenkmal mit dem Herzog von Pistoja gewechselt hat, wird deshalb offiziell abgeschworen. Die Gaupressestelle Pfalz der NSDAP teilt mit, dass die Partei sich von einem solchen Verhalten weit distanzieren müsse. Aber würde der Herzog von Pistoja dem Flüchtling Eicke so freundlich die Hand gedrückt haben, wenn er nicht die besonderen Grösse von Hitler an die Südtiroler Faschisten überbracht hätte?

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 28500

SPD. Mit grenzenloser Leichtfertigkeit wird in Deutschland, seitdem die Barone des Kurs in der Sozialpolitik bestimmen, über das Schicksal der Arbeitslosen verfügt. Zunächst hat man den Arbeitslosen die Unterstützungs=sätze so fürchterlich gekürzt, dass die Armen einfach nicht mehr bestehen konnten. Als der Winter heranrückte, hat man sich dann wenigstens dazu bequemt, den Arbeitslosen der unteren Lohnklassen einen Zuschlag zu bewilligen. Aber aus Angst, es könnte irgendwo und irgendwie einem armen Teufel von Arbeitslosen ein Groschen zu viel gegeben werden, hat man zugleich verfügt, dass die oberen Lohnklassen keine Zulage erhalten. In der Anweisung an die Landesarbeitsämter für die Durchführung der Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen vom 19. Oktober 1932 heisst es:

"Unterstützungsempfänger ohne zuschlagsberechtigte Angehörige sind von der Zulage ausgeschlossen. Desgleichen erhalten die Angehörigen der Lohnklassen VII bis XI grundsätzlich keine Zulage. Nur in den Fällen, in denen der Tabellensatz ihrer Unterstützung niedriger ist als der Tabellensatz der Lohnklasse VI mitsamt der Zulage, erhalten sie zum Ausgleich nicht etwa die volle Zulage, sondern nur den Unterschiedsbetrag."

Was entstand nun in der Praxis durch diese geniale Anweisung? Der Unterschiedsbetrag ist minimal, weil in der Berechnung des Unterschieds der höhere Tabellensatz der oberen Lohnklasse (von VI ab) zur Anwendung kommt. Auf der andern Seite erhält der Arbeitslose der oberen Lohnklassen in der Unterstützung tatsächlich nicht den Tabellensatz, sondern nur den Richtsatz der Wohlfahrt. Dieser aber liegt sehr viel niedriger als der Tabellensatz, in manchen Bezirken z.B. in Thüringen besonders tief. Die Folge ist, dass der Angehörige der oberen Lohnklassen zu seinem niedrigen Wohlfahrtsrichtsatz in der Praxis fast stets nur einen Bagatellbetrag von einigen Pfennigen - in vielen Fällen etwa 10 bis 50 Pfennig - hinzu bekommt und also vielfach - oft um einige Mark - schlechter abschneidet als der Angehörige der unteren Lohnklassen, der zu seiner Unterstützung noch die Zulage erhält.

Das Ganze mutet an wie ein Stückchen aus einem Tollhaus. Aber ist es nur Unrecht aus Unverstand? Oder steckt auch böser Wille dahinter? Oder vielleicht beides? Jedenfalls sieht man, wohin ein Kurs führt; in dem die Sucht, bei den Ärmsten der Armen zu sparen, tonangebend ist. Er führt zu einer geradezu grotesken Gleichmacherei nach unten. Auf die Gewerkschaften dürfen ja heute die verantwortlichen Stellen nicht mehr hören. Wäre das ihnen noch gestattet, dann wären sie wohl rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden, dass diese merkwürdige Zulagenregelung praktisch zu ganz unerträglichen Ungerechtigkeiten führt. Und was sind das für Psychologen, die diesen Verordnungswirrwarr auf dem Gewissen haben? Jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen musste sich doch sagen, dass eine derartige Unterstützungs=verbesserungsverböserung den Arbeitsämtern sehr unbequem werden kann - dann nämlich, wenn der Genepte der oberen Lohnklassen eines Tages sieht, was los ist und mit der Faust auf den Tisch schlägt.

In Deutschland muss man sich heute auf vieles gefasst machen, auf viel Unangenehmes; denn der Kurs des Unrechts, der zur Zeit gesteuert wird, wird immer Unrecht schaffen - selbst dann, wenn er einmal etwas Gutes tun möchte.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hitlers nächstes Buch.

SPD. Das nächste Buch von Hitler, die Fortsetzung von "Mein Kampf" könnte heissen: "Meine Erlebnisse als deutscher Reichskanzler". Er ist zwar noch nicht Reichskanzler, er wird es wahrscheinlich auch diesmal noch nicht werden, aber umso leichter wird er seine Erlebnisse als Reichskanzler schildern können. Sollte er oder seine Phantasie dabei in Schwierigkeiten geraten, so braucht er sich nur an Herrn Goebbels zu wenden, den er als Minister für Presse, Kultur und Volkserziehung in Preussen ausersehen hatte. Der versteht es trefflich, seine Erinnerungen an Dinge zu schildern, die er nicht erlebt hat. Sein Roman "Michael", der unter dem Titel, ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern, im nationalsozialistischen Parteiverlag erschienen ist, schildert ausführlich Goebbels Erlebnisse im Kriege:

"In der Ferne tauchen die Vogesen auf, da irgendwo stand ich vor einem Jahr im Trommelfeuer und hatte nur einen Wunsch: zu Ende die Qual, sterben, fallen, ein Held sein, nichts mehr wissen."

"Ich sehe Trümmer von Häusern und Dörfern im Abendlicht schwelen, Feuersäulen steigen auf, Lärm und Schlachtendonner. Ich sehe brechende Augen und höre das schmerzgefüllte Stöhnen von sterbenden Menschen. Meine Hände sind schwarz vom Pulverdampf, mein Rock ist rot von Blut. Nein, der Krieg ist nicht schön. Ich höre laute Kommandoworte, Hurraschreie. Ich schreie mit: Hurra, hurra! Ich bin kein Mensch mehr. Mich überkommt eine wilde Wut. Ich wittere Blut. Ich schreie: vorwärts, vorwärts. Ich will ein Held sein. Ich zerreiße mein Herz. Ich stürze mich in den Feuerregen. Ich bin ein Held, ein Gott, ein Erlöser."

So hat Josef Goebbels, der niemals im Krieg war, sich an einem Schreibtisch das Buch zusammenphantasiert "Meine Erlebnisse als Kriegsheld". Warum sollte da nicht Hitler, der verhinderte Reichskanzler, Phantasien veröffentlichen können über seine Reichskanzlererlebnisse? Jedenfalls war er dichter daran, Reichskanzler zu werden, als Goebbels jemals daran war, ein Kriegsheld zu werden!

Hühneraugen-Staatskunst.

Sie wollen ihren Papen wieder haben! Der alte Putschist Traub weint in der Hugenberg gehörenden München-Augsburger "Abendzeitung" laut nach ihm. Was ihn an Papen besonders anzieht, ist die absolute Nichtachtung des Volkswillens. So schreibt Herr Traub:

"Der Hass gegen die Person des Herrn von Papen hat für uns etwas sehr Sympathisches. Der Mann hat es nicht verdient, dass man ihn um einiger Hühneraugen willen, auf welche er getreten ist, in die Wüste schickt. Hoffentlich tritt er künftig noch stärker drauf!"

Der alte Putschist schwelgt in der Hoffnung, dass die Barone weiterhin auf den Volksrechten herumtrampeln werden. Er hat nur eines vergessen: Wer einem anderen böswillig auf die Hühneraugen tritt, der riskiert, dass er dafür Ohrfeigen erhält, die sich gewaschen haben!

Die Verseuchung der Jugend.

Unter der Herrschaft der Barone wird eifrig an der nationalistischen Verseuchung der Jugend gearbeitet. Es gibt genug Interessenten, die den Nationalismus als Geschäft betreiben. Die Leipziger Verlagsbuchhandlung Quelle & Meyer hatten an alle Geschichtslehrer und an alle Schulen ein Rundschreiben versandt, in dem es heisst:

"Der Erlass der Reichsregierung über Nationalerziehung und die daran anknüpfenden Bestimmungen der Länder lassen bereits deutlich erkennen, dass das nationale Moment im Geschichtsunterricht wieder stärker zur Geltung kommen soll. Es gilt, die Leistungen unseres Volkes auf allen Gebieten der Kultur herauszuarbeiten, um der Jugend einen berechtigten Stolz auf ihr Deutschtum und ein gesundes Selbstbewusstsein beizubringen. Nationale Erziehung lässt sich nur mit Hilfe eines Lehrbuches verwirklichen, das bei aller historischen Objektivität national eingestellt ist, die nichts als sachlichen Grundsätze sind einer solchen Aufgabe auf die Dauer nicht gewachsen. Das Geschichtsbuch für die deutsche Jugend hat von seinem ersten Erscheinen an Begeisterung zu erwecken versucht für die Grosstaten der deutschen Geschichte. Die Verfasser haben an der nationalen Grundeinstellung ihres Buches unbeirrt festgehalten und so ist das Geschichtsbuch für die deutsche Jugend heute das nationale Geschichtsbuch, das eine Zeit wie die unsere braucht."

National, national, national! Die Verlagsbuchhandlung spekuliert auf die nationalistische Welle in Regierung und Lehrerschaft und nationalistische Lehrer verseuchen die Jugend mit nationalistischer Geschichtsklitterung. So wird unheilvolle Vorarbeit geleistet für das Nichtverstehen der Völker und für künftige gefährvolle Konflikte!

Personalien aus dem Braunen Haus.

Der Leiter der agrarpolitischen Abteilung im Braunen Haus in München, Walter Darre, hat seine agrarische Vorbildung als landwirtschaftlicher Beamter in Ostpreussen erhalten. Dort ist er nach kurzer Tätigkeit entlassen worden, seitdem betreibt er für Hitler Agrarpolitik. Es ist ihm nachgewiesen worden, dass seine beiden agrarpolitischen Schriften die im Verlag der NSDAP erschienen sind, "Damascheke und der Marxismus" und "Landvolk in Not" zum grössten Teile wörtlich abgeschrieben worden sind aus einer Schrift des Würzburger Professors Pesl "Ist der Bund deutscher Bodenreformer sozialistisch?" und von Herbert Backe "Die Agrarkrise". Die Mitarbeiter Darres, Reischle und Fachmann, sind im Jahre 1931 als Direktoren der Gärtnerbank wegen falscher Bilanzführung und Kreditmissbrauch fristlos entlassen worden, nachdem die Bank durch ihre Misswirtschaft zusammengebrochen war.

+

Hitlers Freund Danzeisen, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er Mordpläne gegen Röhm und dessen Klique verfolgt hatte, stand dieser Tage wieder als Angeklagter vor der Berufungsinstanz. Er hatte vorsorglicher Weise Berufung nur gegen die Höhe des Strafmasses eingelegt. Vor Gericht erklärte er, dass er den Fall nicht noch einmal aufrollen wolle, weil sonst dadurch Parteiinteressen geschädigt würden. Damit ist der Zusammenhang dieser Mordpläne mit der Nationalsozialistischen Partei abermals offen zugegeben worden. Der Verkehr des Personals des Braunen Hauses untereinander vollzieht sich eben in ganz besonders niedlichen Formen. Welche Intrigen würden von diesem Personal erst gesponnen werden, wenn Hitler wirklich Reichskanzler werden würde!

Aus aller Welt

Der "Blaubart" von Linz.

Ein siebenfacher Frauenmörder vor Gericht.

SPD. Linz, 22. Nov. (Eig. Ber.)

Vor dem Schwurgericht Linz läuft augenblicklich die auf mehrere Tage berechnete Gerichtsverhandlung gegen den "Blaubart von Oberösterreich", den 53 Jahren alten Fleischergehilfen Franz Leitgöb. Er wird beschuldigt, in der Zeit von 1912 bis 1932 sieben Frauenmorde verübt zu haben. Fünf weitere Mordtaten, die zum Teil bis zu 30 Jahren zurückliegen und daher durch Zeugenbekundungen nur schwer rekonstruierbar sind, wurden nicht zum Gegenstand der Anklage gemacht. Der Staatsanwalt ist der ziemlich begründeten Meinung, dass es sich in allen Fällen um Raubmorde handelt. Leitgöb macht geltend, dass er die Morde unter dem übermächtigen Zwang seines krankhaft-sexuellen Triebes begangen habe. Die Psychiater stehen vorläufig mehr auf Seiten der Staatsanwaltschaft.

Das Vorleben des Täters.

Franz Leitgöb wurde im Jahre 1879 in Ansfelden (Oberösterreich) als Kind eines Tischlermeisters geboren. Als er noch zur Schule ging, verlor er die Mutter. Mit 13 Jahren kam er zu einem Fleischermeister in die Lehre. Während seiner militärischen Dienstzeit in Trient wurde er fünfmal wegen Diebstahls und einmal wegen Desertion bestraft. 1910 heiratete er die 18-jährige Tochter eines Eisenbahners. Sie liess sich nach vierjähriger Ehe von ihrem noch häufig wegen verschiedener Verbrechen bestraften Manne scheiden. Die zwei Söhne im Alter von 20 und 22 Jahren und die jetzt 19 Jahre alte Tochter, die der Ehe entstammen, äussern den Wunsch, ihren Namen ändern zu dürfen.

Eine schwarze Seidenbinde.

Ende Februar dieses Jahres wurde die 58jährige Frau Aloisia Jank, Ehegattin eines Architekten, in ihrer Villa in Linz erdrosselt aufgefunden. Aus der Wohnung fehlten Schmucksachen und 140 Schilling. Es begann eine fieberhafte Suche nach dem Täter. Nachbarn gaben an, dass zurzeit des Verbrechens ein Hausierer, der eine schwarze Seidenbinde im Gesicht trug, gesehen worden sei. Ein Gastwirt konnte berichten, dass bei ihm ein Hausierer, der eine derartige Binde trug, übernachtet hätte. Er habe sich als Franz Leitgöb ins Meldebuch eingetragen...

Zwei Tage später wurde Franz Leitgöb in Neuhofen verhaftet. Er wies mit Entrüstung die Tat von sich. Kreuzverhöre machten ihn nicht müde. Aber eine Fülle von Beweismaterial zeugte gegen ihn. Nicht zuletzt ein Blutfleck in seinem Hemd, eine Kratzspur an seinen Händen. So fand sich Leitgöb schliesslich zum Geständnis bereit. Er schilderte die Tat in aller Ausführlichkeit. Es schien, als ob ihn die Erzählung befreite. Denn jenem Bericht schloss sich eine ganze Serie weiterer Geständnisse an: ein Blutstrom des Grauens.

Der "Selbstmord" der Witwe Lederer.

Stets fielen dem Verbrecher Frauen zum Opfer. Die erste war die 47jährige Privatbeamtin Marie Lederer, die am 24. März 1912 in ihrem Bette sitzend tot aufgefunden wurde... niemand kam bei der Tätersuche auf Leitgöb. Erst nahm die Polizei Selbstmord an, dann, nachdem Fehlen von Gold festgestellt

worden war, zwar Raubmord, verhaftete aber zwei Arbeiter, die nach langem umständlichen Verfahren wieder freigelassen werden mussten. Jetzt hat Leitgöb gestanden: Marie Lederer, die 14 Jahre älter war als er, sei seine Geliebte gewesen - in der Umarmung habe er sie im Sexualrausch erwürgt. Um Selbstmord vorzutäuschen hätte er dann eine Wäscheleine um den Hals der Toten gelegt; allerdings habe er dann auch einen kleinen Geldbetrag mitgehen lassen... Die Mitnahme von Geld - das ist immer das Anhängsel an seine "Sexualverbrechen".

Das brennende Bett.

Mitte Oktober 1916 wurde eines Nachts in Urfahr die Feuerwehr alarmiert. Im Hause der Eisenbahnerehefrau Danner war ein Zimmerbrand zu löschen. Frau Danner lag halbverkohlt im Bett. Die Polizei nahm an, dass die Tote beim Zigarettenrauchen ein Opfer ihrer Unachtsamkeit geworden sei. In Wirklichkeit hat Leitgöb nach seinem diesjährigen Geständnis Frau Danner "im Sinnenschauspiel erwürgt". Sie war seine Geliebte - während ihr Ehegatte als Landsturmmann im Felde stand. Leitgöb will in der Verwirrung nach dem Erwachen aus dem Mordrausch die Petroleumlampe umgestürzt haben; die Wohnung hätte Feuer gefangen; er sei geflüchtet... Aber er vergass auch hier nicht die Mitnahme von Schmuck und Geld.

Das Verhältnis mit der Grossmutter.

Im August 1920 hat Leitgöb seine 80jährige Grossmutter mit einem Hosenträger erdrosselt und beraubt. Der Raubmord wurde sofort von der Behörde erkannt, aber nicht der Täter; in den Verdacht geriet ein unschuldiges Bauernehepaar. Liegt etwa auch hier ein Sexualverbrechen vor? Leitgöb behauptet in zynisch-lächerlicher Weise: "Ja. Ich hatte mit meiner Grossmutter von früherster Kindheit an ein Liebesverhältnis. Auch als Greisin hat sie mich zu verführen versucht. Da kam es eben über mich..."

Die Baracke, in der das nächste Opfer, eine Eisenbahnerehefrau, den Tod fand, ging in Flammen auf - man glaubte an einen Unfall; jetzt steht fest, dass Leitgöb den Unfall herbeigeführt hat, um die Spuren seiner Tat zu verwischen. Den nächsten Leichnam versuchte Leitgöb zu "beseitigen", indem er ihn im Walde bei St. Magdalene mit Aesten überdeckte. Pilzsucher entdeckten die Tote; es war eine 35jährige Hilfsarbeiterin aus Linz. Es wurde ermittelt, dass ungefähr 4 000 Kronen, Schmuck und etwas Pelzwerk aus ihrem Besitz fehlten. Unter den Verdächtigen war auch Leitgöb; es konnte ihm aber nichts nachgewiesen werden.

Die zähe Bäuerin.

Man fasste ihn erst nach seinem letzten Raubmordüberfall, der missglückte: die Bäuerin Maria Hackel aus St. Florian war nicht so tot, wie Leitgöb geglaubt hatte; sie erwachte aus der Bewusstlosigkeit, erholte sich und konnte den Täter so genau beschreiben, dass er gefasst wurde. 10 Jahre Kerker haben ihn nicht geändert. Im Dezember 1931 fiel ihm eine Hebamme zum Opfer. Im Februar 1932 Frau Architekt Jank in Linz. Jetzt soll ihm endgültig das Handwerk gelegt werden.

+ + +
Frau Kienle unterwegs... Die Vermutung, dass die Stuttgarter Aerztin Frau Dr. Jakoboqitz-Kienle, gegen die ein Verfahren wegen Vergehens gegen den § 218 eingeleitet wurde, nicht nach Deutschland zurückkehren wird, scheint sich zu bestätigen. Frau Dr. Kienle soll sich von England aus auf der Fahrt nach Amerika befinden. Sie rechnet damit, dass ihrer Einreise in die Vereinigten Staaten keine Schwierigkeiten bereitet werden, da sie sich nach ihrer Rückkehr aus Russland jeder kommunistischen Propaganda ferngehalten habe. Allem Anschein nach wird also der mit hundertfacher Anklage vorbereitete Stuttgarter Abtreibungsprozess Wolf-Kienle nicht zur Verhandlung kommen.

+ + +

Autokatastrophe. In der Nähe von Aachen fuhr ein Schmugglerauto, das sich im schnellen Tempo der Verfolgung zu entziehen versuchte, in eine Gruppe von 25 Pfadfindern. Vier junge Leute wurden schwer verletzt. Der Führer des Kraftwagens wurde festgenommen. Das Auto enthielt 15 Zentner Schmugglerware.

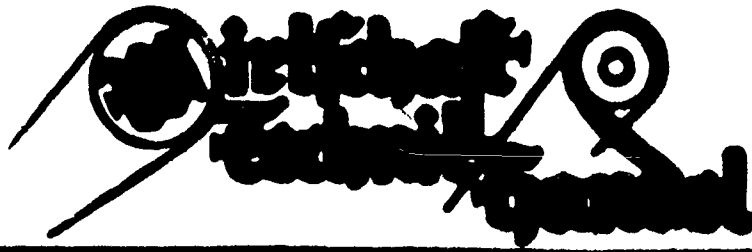
+ + +
Verkehrsunfall. Auf der Provinziallandstrasse Magdeburg-Stendal stiess ein 22jähriger Bäcker mit seinem Motorrad gegen ein ihm entgegenkommendes Personenauto, dessen Führer einen Lastkraftwagen in unzulässiger Weise zu überholen versuchte. Der Motorradfahrer verstarb auf der Stelle, seine auf dem Soziussitz mitfahrende Braut erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

+ + +
Die Verrätersuche. Im Leipziger Bullerjahn-Prozess erklärte die Verteidigung, dass es ihr nicht nur darauf ankomme, eine Feststellung in dem Sinne zu erreichen, dass dem Angeklagten Walter Bullerjahn die Schuld an dem Verrat des Waffenlagers der Berlin-Karlsruher Industriewerke nicht nachgewiesen werden könne. Es komme ihr vielmehr darauf an, die Nichttäterschaft Bullerjahn nachzuweisen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung behauptete die Verteidigung, dass der Chauffeur Karl Gollers-Berlin, der früher bei der Interalliierten Kontrollkommission tätig war, kurz vor Weihnachten 1922 von zwei Männern nach Leutnant Jost gefragt worden sei. Der Chauffeur, der vor dieser Fragestellung den Leutnant Jost in das Hotel Bellevue gefahren hatte, erkundigte sich nach dem Grund des Interesses. Die beiden Männer hätten ihm zur Antwort gegeben, dass sie von der englischen Kommission an Leutnant Jost verwiesen worden wären. Sie hätten weiter mitgeteilt, dass sie in Wittenau beschäftigt seien und auf Lastkraftwagen heimlich Waffen weggebracht hätten. Französische Soldaten, die die Unterhaltung mit anhörten, sollen dann die beiden Männer zu Leutnant Jost gebracht haben. Das Gericht beschloss, den Chauffeur Gollers als Zeugen zu laden. Seine Vernehmung erfolgt am Donnerstag.

+ + +
Das Kind am Ufer... Das Schwurgericht beim Landgericht III Berlin verurteilte die 27jährige Hausangestellte Ida Otto zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hat am 11. Oktober v. Js. ihr zwei Wochen altes Kind am Ufer des märkischen Lehnitz-Sees so niedergelegt, dass es ertrank. Die medizinischen Sachverständigen bekundeten, dass die Angeklagte seit der Geburt ihres unehelichen Kindes in einem dauernden Affektzustand gelebt habe; die Tat sei nicht mit Ueberlegung ausgeführt. Die Beweisaufnahme bestätigte die Gutachten. Die unglückliche Mutter ist mit dem neugeborenen Kind ziellos durch die Strassen von Berlin geirrt, bis sie schliesslich auf dem Stettiner Bahnhof eine Fahrkarte nach Lehnitz löste.

+ + +
Die Henkerin des Ehegatten. Das Schwurgericht Darmstadt verurteilte die Ehefrau Jöst aus Nieder-Liebersbach, die im Beisein ihres Söhnchens ihren Ehemann erhängt hat, wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus. Die Sachverständigen räumten ein, dass die Angeklagte die Tat "in angespanntem Affektzustand bei verminderter Zurechnungsfähigkeit" begangen habe. Die beiden der Mitwisserschaft angeklagten Arbeiter wurden freigesprochen.

+ + +
"Gewerbsmässige Abtreibung". Das Liegnitzer Schwurgericht verurteilte am Dienstag-Abend die 37 Jahre alte Frau Marta Weigelt aus Rückenwaldau (Kreis Bunzlau) wegen gewerbsmässiger Abtreibung zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Die Angeklagte ist wegen entsprechender Vergehen wiederholt vorbestraft, zuletzt mit zwei Jahren Zuchthaus. Während der Verbüssung der letzten Strafe flüchtete sie und nahm gegen das Honorar von 75 Mark die jetzt abgeurteilte neue Abtreibung vor.



Getreidepreisstützung.

Die Experimente der autoritären Regierung auf dem Getreidemarkt werden den Steuerzahlern Dutzende von Millionen kosten.

SPD. Die autoritäre Regierung des Herrn Papen hat nur einige Monate auf dem Getreidemarkt experimentiert. Aber das genügte zu einem völligen Fiasko. Die Wirtschaftskunst des Reichslandwirtschaftsministers Freiherr von Braun hat uns in eine Situation schliddern lassen, die den Steuerzahlern einige Dutzend Millionen Mark kosten wird. Was in den letzten Monaten und Wochen auf den Getreidemärkten getrieben worden ist, hat mit Getreidewirtschaft nichts mehr zu tun: Es ist naakte Interessentenpolitik.

Die Künstlichkeit des deutschen Getreidemarktes hat sich in den letzten Monaten geradezu übersteigert. Die Zusammenhänge des deutschen Marktes mit den ausländischen Märkten sind völlig gelöst. Trotz einer Erholung auf den ausländischen Getreidemärkten in letzter Zeit, die wohl hauptsächlich den Meldungen zu verdanken ist, dass der nordamerikanische Winterweizen nicht gut steht, gehen auf dem Weltgetreidemarkt die Preise nach unten. Das ist die natürliche Folge der diesjährigen Rekordernte. Selbstverständlich hat niemand Interesse daran, dass die Getreidepreise ins Bodenlose fallen. Eine solche Entwicklung, die immer Anbaueinschränkung nach sich zieht, müsste die Getreidepreise in den nächsten Jahren phantastisch hoch treiben. Deshalb kann man sich damit einverstanden erklären, wenn die deutsche Agrarpolitik auch in diesem Jahre Vorsorge traf, dass die Ernte nicht panikartig auf den Markt geworfen wurde. Durch Vorschüsse an die Landwirtschaft (Lombardierung) versuchte man eine Regelung des Getreideangebots und trat so einer Preiskatastrophe entgegen, an der, wie bereits bemerkt, niemand interessiert sein kann.

War der Einsatz von Mitteln zur Verhinderung einer Preiskatastrophe auf jeden Fall zu verantworten - die Sozialdemokratie hat, als sie in der Regierung war, ständig nach dieser Richtung gewirkt -, so muss das Bestreben der Regierung Papen, die überhöhten Getreidepreise auf jeden Fall zu halten, abgelehnt werden. Die vom Reichslandwirtschaftsministerium betriebene Politik läuft aber ausschliesslich auf die Beibehaltung der überhöhten Preise hinaus. Die Stützungsaktionen der Regierung werden ohne Rücksicht auf die tatsächliche Getreideversorgung in Deutschland vorgenommen und sind ausschliesslich nach dem Interessentenprofit orientiert. Die Getreideversorgung liegt aber so, dass wir beim Weizen sehr wahrscheinlich noch eine kleine Einfuhr aus dem Auslande brauchen, um in das nächste Getreidejahr zu kommen; beim Roggen ist, bei den gegenwärtigen Voraussetzungen, mit einem Überschuss von 1 Million Tonnen zu rechnen. Eine Regelung des Angebots durch Verlängerung der Vorschüsse an die Landwirtschaft usw. würde völlig genügen, um den Markt in Ordnung zu halten. Den Grossagrariern genügen aber die gegenwärtigen Roggen- und Weizenpreise nicht. Deshalb stützt die Regierung. Sie hat die Märkte auch diesen Winter in eine geradezu trostlose Verfassung gebracht.

Das Schwergewicht liegt natürlich beim Roggen, weil hier nach den vorliegenden Schätzungen mit einem Überschuss von 1 Million Tonnen zu rechnen

ist. Bei den Betrachtungen dieses Ueberschusses wird die äusserst wichtige Frage übersehen, ob dieser Roggenüberschuss unter allen Umständen entstehen muss. Wir sind der Auffassung, dass bei dem errechneten Ueberschuss von 1 Million Tonnen Roggen in Deutschland Millionen von Menschen immer noch hungern. Eine Anpassung der Brotpreise an das geschmälerete Einkommen der breiten Bevölkerung würde den angeblichen Roggenüberschuss etwas anders erscheinen lassen. Auch für den Fall, dass sich an dem gegenwärtigen Verhältnis von Getreide- und Mehlpreisen nichts ändert, halten wir eine Korrektur des Brotpreises nach unten für dringend geboten. Es wird nicht zu leugnen sein, dass sich die Verdienstspanne der deutschen Bäcker, für das ganze Reich genommen und im gewogenen Durchschnitt, in den letzten Monaten verbessert hat. Aber wir steuern heute in Deutschland - eine Folge der politischen Verwirrung und der ganzen Hitlerei - einen politischen Kurs, der von solchen Brotpreiskorrekturen nach unten nichts wissen will. Man hat wohl in einigen Städten, z.B. in Köln, die Preise runtergesetzt, weil sich das Verhältnis vom Mehlpreis zum Getreidepreis allzu schroff zu Ungunsten der Konsumenten verändert hatte, ohne dass die Bäcker dem Rechnung trugen. Damit glaubt man genug getan zu haben. An die notwendige Senkung der Getreidepreise, die eine hinreichende Ermässigung der Mehl- und Brotpreise ermöglicht, will man nicht ran. Damit würde ja die autoritäre Regierung ihre Freundschaft mit den Grossagrariern aufs Spiel setzen.

Aber Roggen kann man immer noch an das Vieh verfüttern. Von den 1 Million Tonnen Roggen, die angeblich in Deutschland in Ueberschuss sind, könnte immerhin so viel in die Viehtröge wandern und in billiges Schweinefleisch umgewandelt werden, dass eine Reserve von etwa 300 000 bis 400 000 Tonnen bliebe. Die Reserve erscheint notwendig, um einen Druck auf die Futtermittelpreise auszuüben und diese so niedrig zu halten, dass der Viehzüchter, der Bauer, mit der Aufzucht von Schweinen usw. seine Rentabilität findet. Das wäre gesunde Bauernpolitik, die man, weil so die Massen mit billigem Fleisch versorgt würden, billigen kann. Der Gedanke ist in den letzten Jahren besonders von der Sozialdemokratie vertreten worden, auf deren Initiative hin der wirkliche Ueberfluss an Roggen als Eosinroggen - durch Färbung für die menschliche Ernährung ungeeignet gemacht - den Viehzüchtern zugeführt wurde. Auch heute verkauft das Reich Eosinroggen, aber mit Gerste, die aus der Vieherzeugung immer mehr ausscheidet, zusammengekoppelt und zu einem Preis, der für den Viehzüchter ganz entschieden zu hoch ist. Der Bauer kann diesen Eosinroggen aus Rentabilitätsgründen nicht verfüttern. Also muss er sich behelfen. Er verzichtet auf den Reichsroggen und verfüttert Kartoffeln, die ja in diesem Jahre wieder reichlich zur Verfügung stehen.

Es ergibt sich folgendes Bild an den Getreidemärkten: Die vom Reichslandwirtschaftsminister beauftragten Stützungsstellen kaufen mit Steuergeldern wahllos Getreide, in der Hauptsache Roggen, auf, um die Preise hoch zu halten. Man tröstet sich damit, diesen Roggen einmal als Viehfutter verkaufen zu können. Die Viehzüchter können ihn nicht abnehmen, weil er viel zu teuer ist. Also bleibt das Reich auf dem von den Stützungsstellen aufgekauften Roggen sitzen. Wenn man davon die Menge, die als Viehfutter trotz der überhöhten Preise abgesetzt werden kann, abzieht, dürfte das Reich am Ende des Jahres im Besitz von Roggenmengen sein, die zwischen 500 000 und 750 000 Tonnen schwanken. Nehmen wir an, recht niedrig berechnet, dass das Reich für 1 Tonne Roggen 160 Mark bezahlt, dann ergibt sich das runde Stümmchen von 80 Millionen Mark. Das ist Geld der Steuerzahler, das dafür verausgabt wird, den Grossagrariern hohe Getreidepreise zu verschaffen und dem Konsumenten das Brot zu verteuern.

SPD. Schwerin, 22. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistische Regierung hat am Dienstag den Entwurf einer Schlachtsteuer im Hauptausschuss des Landtags vorlegen lassen. Aus der Begründung des Entwurfs erfuhr man, dass es die nationalsozialistische Regierung in Mecklenburg-Schwerin in der verhältnismässig kurzen Zeit ihrer Existenz zu dem ansehnlichen Defizit von rund acht Millionen Mark gebracht hat. Wie das kleine Land dieses Defizit decken soll, wird Geheimnis des nationalsozialistischen Ministerpräsidenten bleiben, der ein Schwager des Berliner Nazi-führers Goebbels ist. Durch die Schlachtsteuer, die äusserst scharf ausfällt, will man drei Millionen Mark hereinbringen. Für die Deckung der restlichen fünf Millionen Mark machte Ministerialdirektor Schwarz Andeutungen nach der Richtung einer Kürzung der Ausgaben und zwar denkt man, nach den Mitteilungen Schwarzs, an eine Gehaltskürzung ab 1. Januar 1933. Die Schlachtsteuer selbst wird, nach dem Muster der Nationalsozialisten in Braunschweig, durch Notverordnung durchgeführt werden. Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Metzger und der Verbraucher hat man beim Zustandekommen des Schlachtsteuerentwurfes nicht gefragt. Die nationalsozialistische Fraktion in Mecklenburg-Schwerin beschränkte sich auf die idiotische Ausrede, kein Mensch würde durch die Schlachtsteuer belastet.

+ + +
Ueber die Wirkungen der Schlachtsteuer teilt der Konsumverein Vorwärts-Dresden in seinem Geschäftsjahr 1931/32 mit, dass die Belastung aus der Schlacht- und Fleischausgleichssteuer allein für den Konsumenten, pro Pfund Fleisch und Wurstwaren 3 bis 9 Pfennige ausmacht und dass diese Steuern der grösste wirtschaftliche Unsinn sind. Aber der Unsinn ist nicht gross genug, dass die Nazis ihn aufgreifen und ihren Wählern zumuten.

SPD. Stettin, 22. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am zweiten Tag des Prozesses um die Bauhütte für Pommern wurde die Vernehmung des Stadtrats Lück zu Ende geführt.

Lück gab abschliessend eine Schilderung der Beziehungen der Bauhütte zu ihrem Finanzberater Dr. Schönherr, der als Prokurist der Markusbank in Potsdam das zur Ankurbelung der Frankreichaufträge bereitgehaltene Geld verwaltete. Schönherr habe, erklärte Lück mit schärfster Entschiedenheit, sofern unerlaubte Transaktionen durchgeführt seien, dies ohne sein - Lücks - Wissen und Wollen vorgenommen. Die Verteidigung Schönherrs, der anschliessend vernommen wurde, läuft daraufhin, die Verantwortlichkeit für die Transferierungen Lück zuzuschieben. Schönherr kann jedoch nicht bestreiten, dass er die Abwicklung der Geldgeschäfte völlig selbständig erledigt hat. Die Zustimmung Lücks hat er sich meist nachträglich beschafft. Er erklärt, dass er sich nie wissentlich eines Verstosses gegen die Devisenordnung schuldig gemacht habe. Nach Schönherrs Vernehmung wurde der dritte Angeklagte, der Berliner Kaufmann Beye, gehört. Er hat die ersten Fäden zwischen der Bauhütte und französischen Auftraggeberin angeknüpft. Beye gab eine interessante Schilderung der damaligen Situation auf dem französischen Baumarkt. Die französische Regierung hatte Mittel von 12 Milliarden für Bauzwecke zur Verfügung gestellt. Die französische Bauindustrie vermochte jedoch kaum ein Viertel dieser Summe umzusetzen, da sie technisch auf dem Stand von 1890 stehen geblieben war. Für ein technisch und kaufmännisch so vorzüglich organisiertes Unternehmen wie die Bauhütte für Pommern hätten sich hier ungeahnte Möglichkeiten eröffnet. Die Aufträge lagen auf der Strasse, es brauchte nur zugegriffen zu werden, um mit dem Gewinn die deutsche Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die deutschen Regierungsstellen hätten sich aber diesen Möglichkeiten durch die Verweigerung der Devisenhergabe an die Bauhütte schroff verschlossen. Heute, im Zeichen

der deutsch=französischen Wirtschaftsverhandlungen, würde das kaum noch eine Stelle wagen. Die Vernehmung Beyes wird am Mittwoch fortgesetzt.

SPD. Am Dienstag fand auf Einladung der Reichsregierung eine Besprechung der Währungsprojekte statt, die der Leiter des Reichsstatistischen Amtes und des Konjunkturforschungsinstituts Professor Dr. Wagemann vor längerer Zeit aufgestellt und in verschiedenen Veröffentlichungen zu begründen versucht hat. Die Besprechung endete mit einem grossen Krach. Wagemann fühlt sich anscheinend als kleiner Luther und erklärte, hier stehe er und er könne nicht anders. Die übrigen Teilnehmer an der Sitzung, durchweg Vertreter der Industrie, der Banken und des Handels, legten dagegen der Regierung nahe, dafür Sorge zu tragen, dass sich die Öffentlichkeit weniger als bisher mit Wagemannschen Währungsprojekten zu beschäftigen haben wird.

Obwohl wir manches, was in den Wagemannschen Plänen enthalten ist, z.B. die Forderung nach einer stärkeren Beaufsichtigung der ganzen Kreditwirtschaft, gutheissen können, müssen wir seine Währungsprojekte, als Ganzes genommen, ablehnen. Gerade in seiner neuerdings erschienenen Broschüre nähert sich Wagemann stark inflationistischen Gedankengängen, versucht diese wissenschaftlichen zu unterbauen und übt sehr einseitige Kritik an dem gegenwärtigen Währungssystem. Vielfach ist durch die Wagemannschen Projekte, bis weit in die Industrie hinein, die Illusion entstanden, man brauche nur einige Milliarden Wagemann=Noten zu drucken, und alles sei in Butter. Wie stark derartige Verirrungen wirken, beweist die in letzter Zeit in Nazi=kreisen öfter geäusserte Auffassung, Wagemann sei der richtige Mann, um in einem Hitlerkabinett Reichsbankpräsident zu werden. Wie weit das die Sehnsucht des Herrn Wagemann ist, wissen wir nicht.

Wenn nun der Industrie= und Handelstag, die Vertretung des Bankiergewerbes, der Grosshandel u.a.m. unter Führung des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen Wagemann als Propagandist seiner Projekte der Reichsregierung eine Eingabe in dem Sinne übermittelt haben, Wagemann doch etwas zu zügeln, dann haben sicherlich auch Bedenken gegen die Wagemannsche Forderung nach Staatskontrolle für die private Wirtschaft mitgesprochen. Das wird auch keineswegs von den Urhebern der Eingabe bestritten. Die Regierung machte darauf den Versuch, ein Kompromiss zwischen den Wirtschaftsverbänden und Professor Wagemann zu schaffen. Dieser Versuch ist in der Dienstsitzung missglückt und hat wohl nach Lage der Dinge in Zukunft kaum Aussicht auf Erfolg.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Die Zufuhren standen auf allen Märkten einigermaßen mit der Nachfrage in Uebereinstimmung. Demzufolge konnten die Preise auf dem letzten Stand gehalten werden. Knapp waren Ochsen und prima Kälber, deren Notierungen über dem Stand des letzten Marktes lagen.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund -(43-44), b) 240-300 Pfd. 42-44 (42-44), c) 200-240 Pfd. 40-43 (40-43), d) 160-200 Pfd. 37-39 (38-39), e) 120-160 Pfd. 34-36 (34-36), Sauen 36-38 (36-38). Kühe: a) 22-25 (24-26), b) 18-20 (20-22), c) 16-17 (16-18), d) 10-15 (11-15). Kälber: b) 40-49 (40-48), c) 30-42 (28-42), d) 16-25 (16-25). Schafe: b) 28-30 (28-30), c) 25-27 (24-27) d) 16-25 (15-23).

Stützungsstellen kaufen.

(Berliner Getreidebörse vom 22. November)

SPD. Bei ruhigem Mehlgeschäft hatte sich das Angebot am Lieferungs-markt am Dienstag stark gesteigert. Käufer waren in der Hauptsache wieder die Stützungsstellen, die angesichts des starken Angebots unter den Preisen blieben, um das Angebot etwas absacken zu lassen. Aus der Situation ergaben sich leichte Herabsetzungen der Terminnotierungen. Auf dem Promptmarkt mussten die Stützungsstellen, soweit Roggen in Frage kam, ebenfalls eingreifen; jedoch war hier das Angebot bei weitem nicht so stark wie am Lieferungsmarkt.

	21.11.	22.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	196 - 198	196 - 198
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	127 - 132	126 - 131
Weizenmehl	24,25 - 27,10	24,25 - 27,10
Roggenmehl	20,00 - 22,25	20,00 - 22,25
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,60 - 9,00	8,60 - 9,00

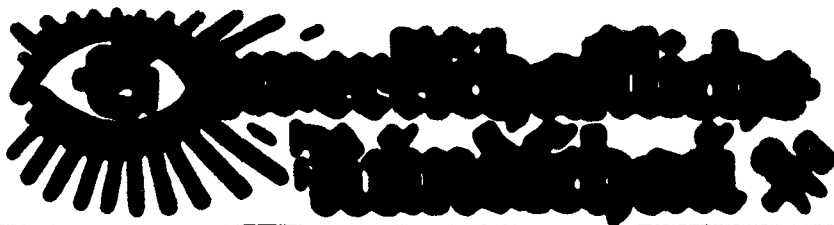
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $208\frac{3}{4}$ - $209\frac{1}{4}$ (Vortag $209\frac{1}{2}$), März 211 ($211\frac{1}{2}$), Mai 215 ($215\frac{1}{2}$), Roggen Dezember $167\frac{1}{2}$ ($167\frac{1}{2}$), März 171 - 172 (172), Mai $175\frac{1}{2}$ - $175\frac{3}{4}$ ($175\frac{3}{4}$). Hafer Dezember $132\frac{3}{4}$ und Brief ($133\frac{1}{2}$), März 135 (136), Mai 139 .

Raufutternotierungen.

(22. Nov.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	 Rll	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh	 Rll	0,45 - 0,60
" " Haferstroh	 Rll	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh	 Rll	0,45 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	 Rll	0,75 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	 Rll	0,60 - 0,80
" " Weizenstroh	 Rll	0,45 - 0,60
Häcksel	Tendenz behauptet..... Rll	1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	 Rll	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken 1. Schnitt	 Rll	1,80 - 2,10
Luzerne, lose	 Rll	2,15 - 2,45
Thymothee, lose	 Rll	2,20 - 2,50
Kleeheu, lose	 Rll	2,00 - 2,50
Drahtgepresstes Heu	 Rll	0,40 über Not

Tendenz ruhig.



Der Fels im Meer.

Verbandstag der Tabakarbeiter - eine Tagung des Vertrauens.

SPD. In Bremen tagen die freiorganisierten Tabakarbeiter, Ihr Verbandstag nimmt einen imponierenden Verlauf. Auch die Tabakarbeiter sind von der Krise, wie der Geschäftsbericht der Verbandsleitung für die Bremer Tagung gezeigt hat, hart angefasst worden. An die Organisation werden ungeheure Anforderungen gestellt: ein Drittel weniger Mitglieder als 1928, ein Ausfall an Einnahmen in Höhe von zwei Drittel, dazu erstaunliche Unterstützungsleistungen im Laufe der Krisenjahre, die Millionenbeträge ausmachen. Trotz aller Widerwärtigkeiten einer schweren Zeit wird aber der Verbandstag in Bremen getragen von Zuversicht und Vertrauen. Wie eine Fanfare wirken die Ausführungen, die Eggert als Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB auf der Tagung über die Stellung der freien Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage der deutschen Arbeiterschaft machte.

Die innerpolitischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit - betonte Eggert - beweisen erneut die Richtigkeit des Wortes, dass in Deutschland auf die Dauer kein Kabinett gegen die Arbeiterschaft regieren kann. Den Gewerkschaften war oft die Taktik des Kampfes von Klassengegnern vorgeschrieben worden. Das gilt auch für die Lohn- und Tarifikämpfe der letzten Zeit. Im Wege der Verhandlungen mussten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ehe an andere Mittel gedacht werden konnte. Es gilt eben auch heute noch und vor allem in der Krise das grosse Wort Legiens: "Der Streik ist nicht das beste, sondern das letzte Mittel im Kampf."

In den breiten Massen lebt eine starke Sehnsucht nach Einigung der Arbeiter. Der Bundesvorstand des ADGB hat für die Einigung der Arbeiterklasse nur eine einzige Bedingung gestellt: Der brudermörderische Kampf müsse aufhören. Was war aber die Antwort der Kommunistischen Partei auf dies Angebot? Die Kommunisten erklärten in ihrer Gesamtpolitik bleibe nach wie vor die strategische Orientierung massgebend, wonach sie den Hauptstoss gegen die Sozialdemokraten führen müssten.

In dem Augenblick, wo in Deutschland wieder ein günstigerer wirtschaftlicher Zustand eintritt, wird der Zulauf zur KPD aufhören; eine Abwanderung in Scharen wird einsetzen. Die Gewerkschaften haben nicht die geringste Veranlassung, sich in der von ihnen bisher eingehaltenen Marschrichtung irremachen zu lassen. Sie werden, wenn der Augenblick dazu da ist, ihre Kraft dort einsetzen, wo es gilt, Erfolge zu Gunsten der Arbeiter dem Tag abzurufen und wo der Gegner zurückgeschlagen werden muss. Es ist oft gesagt worden, dass die Gewerkschaften in dem Gärungsprozess der Gegenwart die Kerntruppen der deutschen Arbeiterschaft sind und fest geschlossen da stehen müssen. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, sie müssen dastehen wie ein Fels im Meer. Und wenn es uns gelingt, durch die beispiellose Krise eine Organisation von 4 Millionen geschulter Kerntruppen hindurchzuführen, dann mag es um uns branden, so viel es will. Sind wir einig und geschlossen in der Gewerkschaft, dann kommen wir durch und wieder hoch. Und deshalb braucht man nicht den Blick in die Vergangenheit zu richten und sich darüber den Kopf zerbrechen, ob man etwa die grossen Güter hätte zerschlagen sollen, ob

man seinerzeit im Schatten fremder Bajonette den Versuch hätte machen sollen, eine bankrotte Wirtschaft zu sozialisieren oder nicht - das Problem liegt nicht hinter, sondern vor uns als wir bemüht sein müssen, die Arbeiterschaft für den grossen Befreiungskampf zu erziehen. Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht dazu da, sich für die politischen Ziele der KPD und die auswärtige Politik Sowjetrusslands einspannen zu lassen; sie muss ihren eigenen Befreiungskampf fortsetzen unter den Fahnen des Sozialismus mit dem Lösungswort: "Vorwärts zum Sieg!"

In der Aussprache über den Geschäftsbericht, die im Anschluss an Eggerts mit grossem Beifall aufgenommenen Vortrag fortgesetzt wurde, fand die zentrale Lohnpolitik des Vorstandes fast allgemeine Anerkennung. Eine grosse Rolle spielte in der Debatte die fortschreitende Maschinisierung in der Tabakindustrie. Zum Ausgleich für die dadurch bedingte starke Ausnützung der Arbeitskräfte wurde eine höhere Entlohnung für die Maschinenarbeiter gefordert. Scharf verurteilt wurde die unsoziale Haltung der Unternehmer, die ihre Betriebe auf das flache Land verlegen, weil sie dort billige Arbeitskräfte finden. Fast alle Debatteredner wandten sich gegen das verräterische Treiben der RGO; ein Delegierter betonte sehr richtig, dass die RGO zwar viel von Einheitsfront rede, in der Praxis jedoch alles tue, um den Tabakarbeiterverband zu zerschlagen. Mit der Haltung des Verbandsorgans waren fast alle Debatteredner einverstanden.

In seinem Schlusswort rechnete Husum scharf mit dem Treiben der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften ab. Zur Frage der Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder erklärte er, dass über eine Neuaufnahme von Fall zu Fall örtlich entschieden werden müsse. Die Forderung des Verbandes, für die Maschinenarbeiter die Löhne um 30% zu erhöhen, habe deshalb nicht durchgesetzt werden können, weil das Organisationsverhältnis unter diesen Arbeitern sehr schlecht sei.

Der Entlastungsantrag wurde gegen eine Stimme, die von einem kommunistischen Delegierten stammt, angenommen. Die Annahme bedeutete eine machtvolle Vertrauenskundgebung der Tabakarbeiterschaft für die Leistung des Verbandes. Im übrigen erfolgte die Abstimmung über die Anträge durchweg nach den Vorschlägen des Vorstandes.

Die Beratung der Anträge zum Verbandsstatut wurde durch Krohn eröffnet. Er beleuchtete die einzelnen Anträge, die sich mit der Schaffung einer neuen niedrigen Beitragsklasse, der Einführung eines Verwaltungsbeitrags für die arbeitslosen Mitglieder, der Invalidenversicherung und anderen Feagen beschäftigen. Der Vorstand schlägt die Einrichtung einer neuen Beitragsklasse vor; er ist gegen einen Abbau der Unterstützungen.

Aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Deutschen Tabakarbeiterverbandes beschloss der Verbandstag einstimmig folgende einmalige Sonderunterstützungen: "Alle Verbandsmitglieder, die am 22. November 1932 arbeitslos oder krank sind, mindestens 52 Hauptkassenbeiträge geleistet und ihre statutarischen Verpflichtungen gegenüber dem Verband erfüllt haben, erhalten eine einmalige Sonderunterstützung. Die Sonderunterstützung richtet sich nach Zahl und Höhe des Unterstützungssatzes, auf den das Einzelmitglied nach § 9 Ziffer 2 und 4 Anspruch hat. Invalide Mitglieder, die keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben, erhalten für den Monat November 1932 die Invalidenunterstützung in doppelter Höhe ausgezahlt."

SPD. Die Tarifverhandlungen in der Hochseefischerei, die dieser Tage in Bremerhaven zwischen den Parteien stattfanden, sind gescheitert. Die Reeder wollen für den Stichmann nur noch 90 Mark gegen bisher 116,50 Mark geben. Sie haben jetzt den Schlichter angerufen.

SPD. Sieben Millionen Kronen sind von den schwedischen Gewerkschaften in den ersten drei Vierteln des laufenden Jahres zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder gegeben worden. Davon entfallen auf die Metallarbeitsgewerkschaft allein 3,5 Millionen Kronen.

=====

SPD. Auch in Schlesien ist laut Bericht der Breslauer Landeshauptverwaltung die Zahl der im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen in ständigem Ansteigen begriffen. Im Bereich der Provinz Niederschlesien stehen gegenwärtig 8 100 Personen im Freiwilligen Arbeitsdienst. Davon entfallen innerhalb des Regierungsbezirks Breslau rund 400 Personen auf die Läger des Reichsbanners in Waldenburg, Breslau und Zapplau. Von dem in Freiwilligen Arbeitsdienst stehenden Reichsbannerleuten im Gau Breslau werden zurzeit Flussregulierungsarbeiten an der Bartsch, Stadttrandsiedlungsbauten sowie Geländeeinhebungsarbeiten zwecks Herrichtung von Kleingartenland in bzw. bei Waldenburg ausgeführt. In Breslau-Stadt sind Jungbanner-Kameraden mit der Errichtung eines Jugendheims beschäftigt.

=====

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der am Dienstag in Berlin zusammentrat, beschäftigte sich im Anschluss an einen Vortrag seines Vorstandsmitgliedes, Reichstagsabgeordneten Dr. Völter, mit der Auswirkung der Finanzschwierigkeiten im Reich, in den Ländern und Gemeinden auf die Beamtenbesoldung. Eine Sanierung der öffentlichen Finanzen könne nur durch eine grosszügige Umschuldungsaktion, durch eine Neuregelung des Finanzausgleichs und durch eine grundsätzlich neue Steuerpolitik erreicht werden, die aber nur bei völliger Abkehr von dem gegenwärtigen politischen Kurs möglich sei. In der Aussprache wurde die schwierige Finanzlage der Länder beleuchtet, die durch die Haltung des Reichs zum grossen Teil gezwungen sind, zu dem sogenannten Rollsystem überzugehen.

Der Kampf gegen die Kulturreaktion wurde vom Bundesvorsitzenden Falkenberg geschildert. Er ging von dem Grundgedanken aus, dass auch die Kulturpolitik von der politischen Machtverteilung abhängt. Das zeige sich besonders in dem neuen Rundfunkkurs. Der Bundesausschuss begrüsst in einer einstimmig angenommenen Entschliessung die Bestrebungen der Front freiheitlicher Hörer, die sich zur Bekämpfung von Reaktion, Volksverdummung und Diktatur im Rundfunk gebildet hat. Er fordert die Mitglieder der dem Bund angeschlossenen Verbände auf, sich der Kampffront gegen die Kulturreaktion einzureihen. Eine weitere Entschliessung wendet sich gegen die Reaktion auf dem Schulgebiet.

Die vom Vorstand des ADB vorgelegte Denkschrift zur Reichs- und Verwaltungsreform, die sich insbesondere mit der Verwaltungsreform des Reichs beschäftigt, wurde vom Bundesausschuss entgegengenommen. Er erhob energisch Einspruch gegen das Ausmerzen der "Aussenseiter" der Aufstiegsbeamten aus der mittleren Laufbahn und aller derer, die nicht die "Ochsentour" hinter sich haben. Das Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklung sei nicht nur eine Staats- und Staatsrechtskrise, sondern als deren Folge auch eine Krise des Beamtenrechts und des Rechtsgefühls in weiten Kreisen der Beamtschaft.

=====

SPD. Auf dem Arbeitsmarkt ist eine neue Verschlechterung eingetreten. Sie ist zwar in erster Linie durch die Jahreszeit bedingt; trotzdem stellt sie gegenüber den letzten amtlichen Ziffern einen Rückschlag dar, der zu denken gibt. Der neue Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. November besagt:

Am 15. November waren bei den Arbeitsämtern rund 5 265 000 Arbeitslose gemeldet. Die jahreszeitliche Verschlechterung, die bisher im Gegensatz zu den Vorjahren noch aufgehalten werden konnte, ist nun zum Durchbruch gekommen. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte November des Jahres 1931 um rund 220 000 und noch ein Jahr früher um rund 230 000 gestiegen war, so kamen darin u. a. auch die starken Tendenzen konjunkturellen Rückgangs vor einem Jahr und der hohe Anteil an Arbeitslosmeldungen aus den Saisonarbeitsberufen vor zwei Jahren zum Ausdruck. Die diesjährige Steigerung um rund 156 000 lässt den Schluss zu, dass im wesentlichen jahreszeitliche Ursachen wirksam gewesen sind.

In der Arbeitslosenversicherung konnte sich der Zugang an Arbeitslosen erst in geringem Umfang bemerkbar machen, da ein Teil von ihnen vor Beginn des Unterstützungsbezuges noch eine Wartezeit durchmachen muss. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger war daher mit 592 000 nur um rund 10 000 höher als Anfang des Monats. In der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch um rund 13 000 auf rund 1 126 000 zurückgegangen. Dieser Rückgang beruht nicht zuletzt auf Aussteuerungen, die jedoch durch Beschluss der Reichsregierung vom 28. November ab für den Rest des Winters ausgeschlossen sind. Ueber die im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Arbeitsdienstwilligen, die in der Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten sind, wird Mitte des Monats keine zahlenmäßige Feststellung getroffen, doch dürfte der Ende Oktober erreichte Stand von rund 1/4 Million nicht unterschritten worden sein. In Notstandsarbeiten waren Mitte November wie bisher annähernd 90 000 Arbeitslose beschäftigt.

+ + +

In der Arbeitslosenversicherung werden zur Zeit noch nicht einmal 15% der Beitragseinnahmen für versicherungsmässige Ausgaben verwendet. Wir fragen daher von neuem, warum noch immer nicht die Dauer der Unterstützung in der Versicherung verlängert wird. Wozu zahlen denn eigentlich die Arbeitnehmer noch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung? Wir haben die Frage der Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Versicherung schon einmal angeschnitten. Eine Antwort von verantwortlicher Stelle ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Dieses Schweigen berührt etwas merkwürdig. Jedenfalls war es früher nicht Brauch, wohl begründete Fragen der Presse einfach zu ignorieren.

Ebenso merkwürdig berührt das Schweigen der Reichsanstalt gegenüber der Debatte über die Frage der unsichtbaren Arbeitslosen. Das Institut für Konjunkturforschung behauptet, dass 2 Millionen solcher unsichtbaren Arbeitslosen existieren. Das Reichsarbeitsministerium bestreitet das. Nach unserm Dafürhalten geht es nicht an, dass sich ausgerechnet die erste sachverständige Stelle an der Klärung dieser Streitfrage nicht beteiligt. Man darf wohl erwarten, dass die Reichsanstalt endlich einmal mit konkreten Ziffern etwas zur Klärung einer die Öffentlichkeit gewiss sehr lebhaft interessierenden Frage unternimmt.

In der Krisenfürsorge ist ein neuer Rückgang der Unterstütztenzahl eingetreten. Es haben also noch immer neue Aussteuerungen stattgefunden. Für die Gemeinden ist das sehr bedauerlich. Man darf aber nun wohl hoffen, dass Ende des Monats mit dem Abstoppen der Aussteuerung aus der Krisenfürsorge eine Entlastung der gemeindlichen Wohlfahrt eintritt.

oooooooooooooooooooo